



Sozialamt

27.08.2021

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Frau Schulte-Sienbeck

Telefon: 492-5998

Schulte-Sienbeck@stadt-
muenster.de

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Betrifft

Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe Volt an den Rat Nr.: A-R/0052/2021: "Pflegerberufesbericht Münster auf den Weg bringen - Pflegeausbildung in Münster stärken"

Beratungsfolge

08.09.2021	Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung	Vorberatung
16.09.2021	Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen	Vorberatung
27.09.2021	Kommunale Seniorenvertretung	Vorberatung
29.09.2021	Hauptausschuss	Vorberatung
29.09.2021	Rat	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die mit Beschluss zur Vorlage V/0821/2019/1 beschlossenen Maßnahmen aufgrund der Auswirkungen der SARS-CoV-2-Pandemie nicht umgesetzt werden konnten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahr 2022 unter Beteiligung der Fraktionen und Gruppen im Rat eine Veranstaltung mit Expertinnen und Experten aus dem Bereich der schulischen und praktischen Pflegeausbildung durchzuführen. Ziel ist, die Auswirkungen der Umstellung auf die generalistische Pflegeausbildung zu erfassen und mögliche Handlungsbedarfe auf kommunaler Ebene zu eruieren. Die Verwaltung erarbeitet auf dieser Grundlage einen Vorschlag an den Rat zur weiteren Bearbeitung des Themenfeldes.
3. Der gemeinsame Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe Volt an den Rat Nr.: A-R/0052/2021 „Pflegerberufesbericht Münster auf den Weg bringen - Pflegeausbildung in Münster stärken“ ist damit aufgegriffen und erledigt.

Begründung:

Mit dem Beschluss zur Vorlage V/0821/2019/1 wurde die Verwaltung beauftragt, unter Beteiligung der Bezirksregierung Münster eine Anhörung der in Münster tätigen Pflegeschulen durchzuführen, um die Rahmenbedingungen, Bedarfe und Herausforderungen für eine Verstärkung der Pflegeausbildung im Kontext der anstehenden gesetzlichen Veränderungen konkreter zu erfassen. Die Verwaltung sollte auf dieser Grundlage - in Abstimmung mit der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege sowie der Kommunalen Gesundheitskonferenz - einen Vorschlag an den Rat zur weiteren Bearbeitung des Themenfeldes erarbeiten. Darüber hinaus wurde die Verwaltung beauftragt, einen aktuellen Sachstand zur Pflegeberufausbildung in Münster sowie einen Bericht zur Umsetzung des neuen Pflegeberufgesetzes zu erstellen.

Die Anhörung war für den 05.03.2020 bereits konkret geplant und vorbereitet, musste aber aufgrund der Corona-Pandemie kurzfristig abgesagt werden. Eine Durchführung der Veranstaltung in der vorgesehenen Form sowie die Erstellung eines Berichtes waren bis heute aufgrund der Corona-Situation und insbesondere der damit verbundenen erheblichen Belastung der beteiligten Ämter und weiteren Akteure nicht möglich.

Der aktuelle Antrag bezieht sich auf dasselbe Themenfeld, geht aber inhaltlich darüber hinaus. Es soll zum einen eine Träger- und Ausbildungskonferenz durchgeführt werden. Zum anderen soll im Zusammenwirken mit den Akteuren vor Ort eine regelmäßige umfangreiche Berichterstattung aufgebaut und verstetigt werden. In dieser sollen aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen und Problemlagen dargestellt werden. Neben der Auswertung verfügbarer statistischer Daten - wie der Anzahl der bereitgestellten Ausbildungsplätze oder der Anzahl der Auszubildenden - sollen quantitative und qualitative Aussagen zu unterschiedlichen Themenfeldern beinhaltet sein, die nur mittels gesonderter Erhebungen und Befragungen eruiert werden könnten. Hierzu zählen insbesondere die Fragestellungen zur Wohnsituation der Auszubildenden, Studierenden und beruflich in der Pflege tätigen Personen.

Das Thema der Pflegeausbildung ist insbesondere angesichts des bereits bestehenden und sich weiter verschärfenden Fachkräftemangels von erheblichem kommunalen Interesse. Gleichwohl ist festzustellen, dass die Zuständigkeit für die qualitative und quantitative Entwicklung sowie die administrativen Aufgaben im Zusammenhang mit der Pflegeausbildung (staatliche Anerkennung der Pflegeschulen, Aufsicht einer rechtskonformen Ausbildung, Zulassung zur staatlichen Prüfung / Prüfungsvorsitz im Rahmen der staatlichen Prüfung, Erstellung der relevanten Urkunden und Zulassungen) nicht bzw. nicht mehr auf der kommunalen Ebene liegen.

Aufgrund der begrenzten personellen Ressourcen sollen zunächst die bereits verfügbaren Informationen und vorhandenen Daten zur Pflegeausbildung in Münster zusammengestellt werden. Im Gespräch mit Expertinnen und Experten der schulischen und praktischen Ausbildung soll auf dieser Grundlage anschließend herausgearbeitet werden, welche kommunalen Handlungsbedarfe im Zuge der Umsetzung der generalisierten Pflegeausbildung bestehen. Hieraus soll dann ein Verfahrensvorschlag zur weiteren Bearbeitung des Themenfeldes erarbeitet werden.

Die Kommunale Gesundheitskonferenz sowie die Kommunale Konferenz Alter und Pflege sollen aktiv in diesen Prozess einbezogen werden. Darüber hinaus ist eine enge Abstimmung mit dem Projekt „Starke Pflege in Münster. Die Pflegemodellregion 2.0“ vorgesehen. Dieses hat sich - die Bewilligung der beantragten städtischen Bezuschussung vorausgesetzt - zum Ziel gesetzt, die Erfahrungen aus den ersten Jahren der generalistischen Ausbildung im Bereich der Altenpflege zu reflektieren. Hier sind neben den Trägern der praktischen Ausbildung auch drei Pflegeschulen sowie die Stadt Münster mit dem Sozialamt und dem Jobcenter vertreten.

In Vertretung

Gez.
Cornelia Wilkens
Stadträtin

Anlagen:

Anlage A

Antrag an den Rat Nr.: A-R/0052/2021